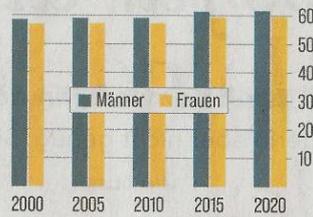


Wer stemmt die PENSIONSKOSTEN?

Die österreichische Bevölkerung wird immer älter. Das Pensionsantrittsalter steigt aber nur marginal, während der Bundeszuschuss zu den Pensionen in die Höhe schießt.



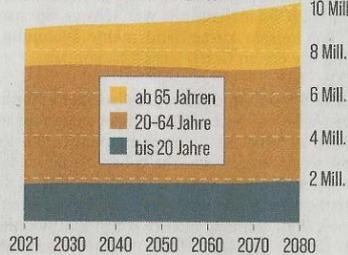
Pensionsantrittsalter
in Österreich, in Jahren



Bundeszuschuss
zum österr. Pensionssystem



Bevölkerungsstruktur
in Österreich, nach Altersgruppen



Erwerbstätige
pro Pensionist, in Österreich



Graph: Philipp Torres (Gallist/Forum), Besondere: Salma Torres, Quellen: Haupt- bzw. Datenbank der österr. Sozialversicherungsträger, statistische Daten aus der Sozialversicherung, Pensionsversicherung, Statistik Austria, Altersstrukturkommission, Agenda Austria, Illustration: Dina Strahkova - stock.adobe.com

Die Pension muss warten

Es ist immer das Gleiche: Sobald jemand in geselliger Runde sagt, dass wir in Zukunft alle länger arbeiten müssen, gehen die Wogen hoch. Widerspruch und energischer Protest sind die Folge – diese kommen in Form von Sätzen wie: „Ich hab genug gearbeitet in meinem Leben!“, oder: „Ich will in der Pension endlich meinen Hobbys nachgehen.“ Pensionierte Männer rechtfertigen sich damit, dass sie ohnehin mit den EnkelIn spielen, von Frauen hört man: „Ich kümmerge mich eh schon um die pflegebedürftigen Eltern.“

All das mag stimmen. Nur ändert es nichts an den drastisch steigenden Staatsausgaben für die Pensionen: Diese werden von aktuell rund 26 Milliarden Euro bis zum Jahr 2027 auf 37,9 Mrd. Euro ansteigen. Nach Angaben von Agenda Austria stehen heute einem Pensionisten 1,7 Erwerbstätige gegenüber. Im Jahr 2050 kommen auf einen Pensionisten nur mehr 1,3 Erwerbstätige.

Abgesehen von den Kosten: Viele Ältere werden weiterhin auf dem Arbeitsmarkt dringend benötigt. Was also tun?

Ideen gibt es viele. Der deutsche Philosoph Richard David Precht schlug vor, statt der in Deutschland ausgesetzten Wehrpflicht zwei soziale Pflichtjahre einzuführen – eines wäre nach der Schulzeit zu absolvieren, das andere beim Beginn der Pension. Die Senioren könnten so „sinnstiftende Erfahrungen“ machen, schreibt Precht in seinem Buch „Von der Pflicht“. Zudem könnten sie wertvolle Dienste für die Gesellschaft leisten, wenn sie als Lerncoaches oder Nachhilfelehrer an Pflichtschulen aktiv wären. „Der Erfolg wäre vermutlich gigantisch.“ Dazu in der Lage wären wohl viele Österreicher und Österreicherinnen. Wer heute 65 Jahre alt ist, hat als Mann noch eine durchschnittliche weitere Lebenserwartung von 18 Jahren, als Frau von 21 Jahren. Männern bleiben nach 65 im Durch-

schnitt noch acht und Frauen neun „gesunde“ Jahre ohne chronische Krankheiten.

„Gigantisch“ wäre vermutlich aber nicht nur der Erfolg eines sozialen „Pflichtjahrs“ für Ältere, sondern auch der Protest der Seniorenvertreter. Die Bundesregierung setze zuletzt eine „Reformgruppe“ ein. Das Ziel: Die Menschen sollen länger arbeiten bzw. soll das Arbeiten in der Pension attraktiver gemacht und auch eine steuerliche Entlastung angedacht werden. Allerdings bezweifeln Kritiker, ob daraus der nötige „große Wurf“ wird.

Aber wie könnte ein solcher überhaupt aussehen? Welche Ratschläge haben Experten und Expertinnen, die im Gegensatz zu Politikerinnen und Politikern nicht den Zorn der Pensionisten bei Wahlen fürchten müssen?

Es brauche ein ganzes „Bündel von Maßnahmen“, sagt Rentenexperte Walter Pöltner. Die Anhebung des faktischen Pensionsalters auf die gesetzlich vorgesehenen 65 bzw. 60 Jahre allein werde nicht reichen. Nötig sei auch eine Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters. „In den 1970er-Jahren bezog ein durchschnittlicher Pensionist zwölf Jahre lang eine Pension. Jetzt sind es 22 Jahre. Das ist keine Pension mehr – das ist ein Pensionsurlaub.“ Der ursprüngliche Zweck der Pension sei die Absicherung der Existenz gewesen –, weil man aufgrund des Alters nicht mehr arbeiten kann; und nicht, weil man nicht mehr arbeiten will.“ Wobei man nach Meinung des Experten nicht alle über einen Kamm scheren dürfe: „Von einem Bauarbeiter zu verlangen, dass er mit 70 Jahren noch Zementsäcke hebt, wird nicht gehen. Aber in Berufen, wo der Kopf die Hauptrolle spielt, ist man durchaus in der Lage, länger zu arbeiten. In Österreich ist es einfach ‚in‘, möglichst früh in Pension zu gehen. Man muss die Mentalität der Leute ändern.“

Was aber schwierig werden dürfte. Pöltner hatte im September 2021 den Vorsitz in der Alterssicherungskommission zurückgelegt, weil die Politik aus seiner Sicht die langfristige Absicherung der Pensionen

nicht ernst genug nimmt. Dass es für die Politik nicht einfach werden wird, Reformen durchzusetzen, ist auch ihm bewusst: „Man sieht das in Frankreich: Damit gewinnen Sie keine Wahl.“

Beim Pensionsantritt müsse sich Gravierendes ändern – das sagt auch Pensions- und Rentenexperte Bernd Marin. „90 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher gehen vor dem 65. Lebensjahr in Pension und 70 Prozent vor dem gesetzlichen, Frauen mit 60. Man macht also die Regel zur Ausnahme und die Ausnahme zur Regel.“ Auch Marin plädiert für eine Anhebung des faktischen wie des gesetzlichen Pensionsalters. „Wenn man das nur ein bis zwei Monate im Jahr anhebt, tut das niemandem weh.“ Marin verweist auf den internationalen Vergleich: „In Österreich muss etwa Jahrgang 1973 bis 60/65 arbeiten, in Deutschland bis 67, in

Schweden bis 68 und 3 Monate und in Dänemark bis 70,5 Jahre.“ Viele Menschen würden außerdem gern länger arbeiten, so Marin. Aber was ist mit jenen, die mit 65 Jahren einfach ihre Ruhe genießen wollen? „Völlig legitim“, sagt Marin, „nur wer etwa mit 61 in Frühpension geht, braucht einen Abschlag von sechs Prozent pro Jahr, um nicht um Hunderttausende Euro beseitigt zu sein als Regelruheständler.“

Ähnlich argumentiert Agenda-Austria-Ökonom Dénes Kucsera. Seine Kernaussage: Da wir länger leben, müssen wir logischerweise länger für den Arbeitsmarkt da sein – oder eben mit einer kleineren Pension auskommen. Denn der Staat könne bei den Pensionen „nicht ewig Schulden machen“. Eine Reform sei auch im Interesse der jetzt Erwerbstätigen. Nur so könne das Pensionssystem für die Zukunft abgesichert werden: „Wenn das System stabil ist, hilft das jedem Einzelnen. Deshalb sollte jeder dafür sein.“

Wenn alle länger arbeiten sollen, müssen freilich auch die Arbeitgeber umdenken und für altersgerechte Arbeitsplätze sorgen. Und wenn Pensionisten nebenbei arbeiten sollen, muss wohl über Entlastungen der Älteren bei den Sozialversicherungsbeiträgen und der Einkommensteuer diskutiert werden.

Zudem brauche es Modelle für diese „Nacherwerbsphase“, sagt die Soziologin Vera Gallistl von der Karl Landsteiner Privatuniversität für Gesundheitswissenschaften in Krems. „Früher machte die Pension fünf bis zehn Jahre aus. Heute dauert die Nacherwerbsphase 15, manchmal 20 Jahre.“ Viele Senioren würden irgendwann in ein „Pensionsloch“ fallen und sich die Frage stellen: „Was mache ich mit meiner Zeit?“ Es sei sinnvoll, das Potenzial der Älteren zu nutzen. Viele pensionierte Frauen würden sich schon heute um ihre pflegebedürftigen Eltern kümmern oder um die Enkelkinder. Bei Männern gebe es noch Nachholbedarf – da stelle sich oft die Frage: „Wie kann ich mich außerhalb von meinem Beruf einbringen in die Gesellschaft?“



Es hat Sinn, das Potenzial der Älteren zu nutzen.

”

Vera Gallistl
Soziologin

BILD: SNI/LUIZA PUJU